

Diese Zeitung erscheint
jeden Wochen-Sonntags.

Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3gepaßte
Zeile.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Frey.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Die Indexberechnung und ihre Bedeutung.

Von Dr. A. Frey.

Eine Indexziffer (Indexzahl oder kurzweg Index genannt) ist ein Zahlenausdruck, der die zeitlichen Veränderungen einer statistischen Größe im Verhältnis zu einem bestimmten Zeitpunkt anzeigt. Solche Vergleichsmittel gewinnt man dadurch, daß der Zahlenwert für den Zeitpunkt, der als Grundlage des Vergleichs gedacht ist, gleich 100 gesetzt, und die Abweichung der übrigen Zahlenwerte proportional wiedergegeben wird. Soll beispielsweise die Bewegung eines Warenpreises, der an verschiedenen aufeinander folgenden Zeitpunkten 24,00 RM., 23,88 RM., 24,60 RM., 25,20 RM., 25,44 RM. für je 1 Kilogramm beträgt, indexmäßig geschildert werden, sind die gegenüber dem Anfangspreis von 24,00 RM. (gleich 100) eingetretenen Veränderungen durch die Indexzahlen: 99,5, 102,5, 105, 106 leicht zu veranschaulichen. Hier besagt die Indexzahl 99,5, daß der fragliche Warenpreis um 1/2 Prozent gefallen ist, während die Indexzahl 102,5 ein Steigen des Preises um 2 1/2 Prozent erkennen läßt usw.

Der Kern des Problems der Berechnung von Indexziffern liegt in der richtigen Wahl der Vergleichsbasis. Damit man nicht ein schiefes Bild von der indexmäßig darzustellenden Entwicklungsercheinung erhält, sind möglichst normale Zahlenverhältnisse als Grundlage der Indexberechnung zu nehmen. Ob sich hierzu der Anfangswert eignet, ob ein anderer Zahlenwert, eine durchschnittliche Größe aus mehreren Zahlen oder eine Zahl, die sich gänzlich außerhalb der zu beobachtenden Entwicklungsbereiche befindet und vielleicht einer früheren Zeitepoche angehört, ist im einzelnen Falle zu entscheiden und hängt ganz von dem Zweck ab, dem die Untersuchung dient. Bei Vergleichen, die sich sowohl auf die Vorkriegszeit wie auf die Kriegsjahre und die Nachkriegszeit erstrecken, dürfte vielfach das Jahr 1913 als letztes Vorkriegsjahr der richtige Ausgangspunkt sein, von dem aus vor- und rückwärts Indexzahlen berechnet werden.

Am frühesten hat man das Indexverfahren in England zur Anwendung gebracht, wo bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Indexziffern für Großhandelspreise regelmäßig bekanntgegeben wurden. Ähnliche Indexsysteme sind bald darauf in Deutschland, Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, späterhin auch in anderen Ländern gefolgt. Die Indexierung der Kleinhandelspreise und Lebenshaltungskosten ist jüngeren Datums, sie wurde bei uns erst während der letzten Jahrzehnte mehr und mehr gebräuchlich. Außer Lebenshaltungs-, Kleinhandels- und Großhandelszahlen werden neuerdings auch auf zahlreichen anderen Gebieten der Statistik Indizes berechnet, z. B. in der Arbeitsmarkt-, Außenhandels-, Lohn-, Produktions-, Verkehrsstatistik.

Je nach der Reichweite sind einfache und kombinierte Indexziffern zu unterscheiden. Mit einfachen Indexziffern haben wir es zu tun, wenn wir nur für eine Entwicklungsreihe (z. B. für die Bewegung des örtlichen Brotpreises) ein Vergleichsmittel benötigen. Zur korrekten Kennzeichnung gewisser Allgemeinercheinungen des Wirtschaftslebens ist es aber oftmals geboten, eine Mehrheit von Zahlenreihen in die Untersuchung einzubeziehen und für das Ganze einen kombinierten Index aufzustellen. Derartige Indexzahlen werden auch General- oder Gesamtindexzahlen genannt, bisweilen gliedern sie sich wieder in Gruppenindizes für einzelne Teilgebiete. In allen diesen Fällen erfolgt die Indexberechnung auf der Grundlage von Summenwerten, die man durch Addition der zeitlich einander entsprechenden Zahlenwerte erhält. Ist etwa die Entwicklung der Einfuhrpreise für Kaffee, Kakao, Tee und andere Kolonialwaren durch einen gemeinsamen Index wiedergegeben, so werden an jedem Beobachtungszeitpunkt die betreffenden Preise addiert, die Summe der Preise eines bestimmten Zeitpunktes gleich 100 gesetzt und die Summen der Preise der übrigen Zeitpunkte darauf bezogen. In entsprechender Weise wäre vorzugehen, falls es sich darum handelt, für die Kursgestaltung einer Anzahl von Aktien oder für die Veränderungen der Produktionsziffer verschiedener Industriezweige einen einheitlichen, zusammenfassenden Index zu gewinnen.

Wett mühevoller ist das Berechnungsverfahren, sofern ein Index ermittelt werden soll, der eine Übersicht über die Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten gestattet. Die Schwierigkeiten liegen vor allem darin, daß der Lebensbedarf sich nicht generell bestimmen läßt. Was ein Mensch zur Führung der Lebenshaltung braucht, ist keine ein für allemal feststehende Größe; bedingen doch Einkommen, Familienverhältnisse, Beruf, örtliche Sitten und Gebräuche usw. recht merkliche Unterschiede der tatsächlichen Lebenshaltung, selbst wenn man bloß die allernotwendigsten materiellen Bedürfnisse, d. h. Nahrungsmittel, Wohnung, Bekleidung, Heizung, Bekleidung usw., berücksichtigt. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten, für den Lebensbedarf ein allgemein zutreffendes Maß zu finden, geht man häufig von einem geschätzten Mindestlebensbedarf einer "Normalfamilie" aus. So ist der Berechnung der bekannten Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ein nach Art und Menge genau umschriebenes, dem Bierwischenbedarf einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie ent-

sprechendes Haushaltsbudget zugrunde gelegt, dessen Kosten in 72 über das Deutsche Reich verteilten Groß-, Mittel- und Kleinstädten jeweils festgestellt werden. Indem dann aus den für jede der 72 Gemeinden ermittelten Ausgabenbeträgen der Durchschnitt berechnet, und dieser zu dem für den Jahresdurchschnitt 1913 festgestellten Ausgabenbetrag in Beziehung gebracht wird, entsteht die Reichsindexziffer; sie wird von Monat zu Monat veröffentlicht und gibt also an, um wieviel sich die Kosten jenes Normalbedarfs im Vergleich zum Vorkriegsstand an dem betreffenden Erhebungszeitpunkt verändert haben. Allerdings ist zu beachten, daß die Berechnung auf der Basis von Durchschnittsverhältnissen für das ganze Deutsche Reich aufgebaut ist, von denen die örtlichen Verbrauchs- und Lebensgepflogenheiten mehr oder minder abweichen. Trophdem bietet der Reichsindex eine brauchbare Unterlage für die Festsetzung von Lohn-, Gehalts- und sonstigen Bezügen, da es mit

Auch

du mußt dem Verbands deine Kräfte zur Frühjahrsagitation zur Verfügung stellen. Sage nicht, daß du es nicht kannst oder daß es auf dich nicht ankommt. Jeder Mensch hat seine besonderen Fähigkeiten. Was anderen nicht gelang, kann vielleicht

dir

gelingen. Den Unorganisierten, den andere Agitatoren nicht überzeugen konnten, kannst du vielleicht gewinnen. Zur Durchführung der Frühjahrslohnbewegungen, die auch für dich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen sollen, brauchen wir jeden Arbeiter und jede Arbeiterin. Da

gilt

auch deine Mitwirkung etwas. Und außerdem müssen wir ja nicht nur angreifen, sondern auch die Gegenstände der Unternehmer abwehren, denen die Löhne vielerorts zu hoch sind. Daß ihnen der geplante Lohnabbau nicht gelingt, dafür ist die beste Gewähr deine gewerkschaftliche Organisation, der du auch den unorganisierten Arbeiter,

der

neben dir im Betriebe steht, zuführen mußt. Denn jeder Arbeiter, der noch nicht in unseren Reihen steht, stärkt die Gegenseite und vermindert die Aussichten auf unseren Erfolg, darum beteilige auch du dich an der Frühjahrswerbearbeit. Auch die gilt der

Ruf!

seiner Hilfe immerhin möglich ist, die durch Verschiebung der Lebenshaltungskosten entstandenen Veränderungen in der Wirtschaftslage der großen Masse der Bevölkerung in gewissen Grenzen zu erfassen.

Bereitet nach alledem schon die Berechnung eines allgemeinen Lebenshaltungsindex mancherlei Schwierigkeiten, so würden diese noch viel größer, ja, fast unüberwindbar sein, wenn die maßgebenden Entwicklungsercheinungen des Wirtschaftslebens, wie Stand der Staatsfinanzen, Entwicklung der Produktion, des inneren und äußeren Handels, des Güter- und Personenverkehrs, der Kapitalkultur, Bewegung der Preise, der Effekten- und Devisenkurslage, des Arbeitsmarktes usw., zusammengefaßt und aus diesem Sammelsurium ein Gesamtindex zur Beurteilung des Volkswohlfandes eines Landes abgeleitet werden sollte. Ein solcher nach verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen berechneter Wohlfandsindex ist im Dawes-Abkommen als Grundlage der von Deutschland erstmals im Jahre 1928/29 eventuell zu leistenden Zusatzzahlungen vorgesehen; er wäre aber allzusehr von Zufälligkeiten abhängig und könnte kaum einen einwandfreien Maßstab unserer finanziellen Leistungsfähigkeit darstellen.

Auf die Frage, inwieweit die Indexmethode geeignet erscheint, über Entwicklungsercheinungen des Wirtschaftslebens zu orientieren, ist die Antwort zu erteilen, daß Indexziffern in dieser Hinsicht im allgemeinen ein nützliches Vergleichsmittel sind, das sich um so vorteilhafter verwenden läßt, je sorgfältiger man dabei vorgeht. Das gilt namentlich für kombinierte Indexziffern, die ja den Zweck haben, durch kompliziertere Zusammenhänge der Volkswirtschaft Aufschluß zu geben.

Aus der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungspraxis.

Es darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, daß die Berufsgenossenschaften, als die Träger der Unfallversicherung, Einrichtungen sind, die ausschließlich dem Unfallverhütungswesen beherrscht werden. So kann es auch nicht wünschenswert sein, wenn die Berufsgenossenschaften meistens die Arbeitnehmer für die Betriebsunfälle verantwortlich machen und nicht die Betriebsinhaber. Seit Jahren kehrt in den Berichten der Berufsgenossenschaften der lakonische Satz wieder, daß "die überwiegende Zahl der Unfälle durch das eigene Verschulden der Betroffenen herbeigeführt wird". Wir wollen hier nicht den Ursachen nachgehen, die in den letzten Jahren zu der starken Unfallhäufigkeit geführt haben. Aber sicher ist, daß die Steigerung der Unfälle durch die Rationalisierung, durch den häufigen Arbeiterwechsel infolge der Wirtschaftskrisen, durch den starken Lohndruck der Unternehmer, der zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmer keinen Raum ließ, durch die gesteigerte Arbeitsintensivität, durch die Zunahme der Zahl der Werkstätten, durch die schlechten Wohnungsverhältnisse und so weiter wesentlich verursacht worden ist. Alle diese Ursachen sind aber nicht im Arbeiter, sondern im kapitalistischen System selbst begründet. Es soll nicht abgestritten werden, daß durch Unachtsamkeit oder Leichtsinnigkeit von Seiten der Arbeitnehmer sich Unfälle ereignen, ihre Zahl ist aber verhältnismäßig gering gegenüber den Unfällen, die durch die Gegebenheiten, die die kapitalistische Wirtschaft mit sich bringt, hervorgerufen werden. Kein Arbeitnehmer legt sein Leben aufs Spiel, um vielleicht eine schmale Unfallrente dafür einzutauschen.

Gegen die Eindämmung der Unfallzahl hätten die Berufsgenossenschaften in den letzten Jahren viel mehr tun können, als sie getan haben. Aber man empfindet die Ausgaben für die Unfallversicherung als eine höchst unangenehme Last. Es ist ja bekannt, daß die Berufsgenossenschaften die Rentenleistungen möglichst herabzudrücken versuchen und alle nur möglichen Rentenfälle vermeiden wollen. Aber auch in den Ausgaben für die Durchführung der Unfallverhütung ist man sehr sparsam. Dadurch wird die Umlage, die die Arbeitgeber bzw. Unternehmer aufzubringen haben, möglichst niedrig gehalten und andererseits bleiben die Unternehmer von den Ausgaben, die eine scharfe Kontrolle über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften mit sich bringt, indem Schutzvorrichtungen usw. angebracht werden müssen, verschont. Bei den nachstehenden Ausführungen über die Praxis der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung stützen wir uns auf die amtliche Statistik des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1927.

Zur Überwachung der Betriebe über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften wurden von den 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften 410 technische Aufsichtsbeamte eingesetzt. Von diesen 410 technischen Aufsichtsbeamten waren 284 als Rechnungsbeamte (Lohnbuchprüfer) tätig. Sie kamen also im eigentlichen Sinne für die Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften gar nicht in Frage, da sie ihre Zeit nicht ausschließlich der Betriebsrevision zur Beobachtung von Gefahrenquellen und Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften widmen können. Es besorgten also nur 146 technische Aufsichtsbeamte bei 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften die Betriebskontrolle. Und diese 146 Kontrollbeamten hatten nicht weniger als 917 821 versicherte Betriebe, die insgesamt 11 522 460 Vollarbeiter beschäftigten, zu beaufsichtigen. Man stelle sich vor, 146 technische Aufsichtsbeamte sollen in der Lage sein, rund eine Million Betriebe daraufhin in Augenschein zu nehmen, ob die Unfallverhütungsvorschriften durchgeführt werden. Eine glatte Unmöglichkeit! Auf einen technischen Aufsichtsbeamten entfallen demnach, wenn wir die Rechnungsbeamten hinzunehmen, 2239 Betriebe. Nehmen wir die Rechnungsbeamten aus, so kommen auf einen technischen Aufsichtsbeamten 6218 Betriebe. Wollten diese im Laufe des Jahres mit der Kontrolle der Betriebe fertig werden, so hätten sie täglich rund 20 Betriebe besuchen müssen und die Dauer der Kontrolle hätte nicht länger als eine halbe Stunde in Anspruch nehmen dürfen. Es gibt sogar Berufsgenossenschaften, die überhaupt keinen technischen Aufsichtsbeamten zur Verfügung haben, z. B. die Berufsgenossenschaft der Schornsteinfegermeister des Deutschen Reiches und die Privatbahn-Berufsgenossenschaft. Die Zahl von 410 bzw. 146 technischen Aufsichtsbeamten bei 11,4 Millionen Versicherten ist natürlich äußerst gering.

Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten noch viel geringer. Dort sind nur 94 technische Aufsichtsbeamte angefaßt, von denen ebenfalls noch 8 als Rechnungsbeamte tätig sind. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften verfügen demnach nur über 86 Kontrollbeamte. Diese 86 technischen Aufsichtsbeamten hatten 4,6 Millionen versicherte Betriebe mit 14 Millionen Versicherten zu überwachen. Auf einen technischen Beamten einschließlich der Rechnungsbeamten entfallen 48 992 Betriebe und ohne Mithilfe der Rechnungsbeamten 53 449 Betriebe. Es liegt auf der Hand, daß 86 technische Aufsichtsbeamte nicht in der Lage sind, 4,6 Millionen Betriebe zu beaufsichtigen, oder daß ein einzelner Aufsichtsbeamter rund 53 000 Betriebe untersuchen kann.

Nach den Angaben der "Gewerkschafts-Zeitung", Nr. 36, Jahrgang 1928, wurden für das Jahr 1927 56 000 Tage Betriebsbesichtigungen nachgewiesen. Ingesamt sind dabei 318 569 Betriebe revidiert worden. Auf die 12 Bau- und Bergbau-Berufsgenossenschaften und die Tiefbau-Berufsgenossenschaften entfielen rund 184 700 Besichtigungen. Berücksichtigt man, daß das Baugewerbe 1927 etwa 180 000 Betriebe umfaßte und daß zu jedem Betrieb etwa 5 Baustellen gehörten, so waren im Baugewerbe rund 900 000 Arbeitsstellen vorhanden. Davon ist somit etwa jede fünfte Baustelle einmal im Jahr einer Revision auf Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften unterzogen worden. Und bei den übrigen gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden von 638 916 vorhandenen Betrieben auch nur 131 874 besichtigt. Auch hier wurde demnach nur ein Fünftel aller Betriebe kontrolliert.

Eine 25prozentige Betriebsüberwachung, ja oft nur eine von 10 Prozent und noch weniger, kann als eine Betriebsüberwachung überhaupt nicht angesehen werden. Es handelt sich bei dieser Betriebsüberwachung lediglich um Stichproben zur Feststellung, inwieweit die Unfallverhütungsvorschriften durchgeführt werden.

Der Umfang der Betriebsrevision liegt bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften noch ungünstiger als bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften. Wenn dort etwa 10 Prozent der Betriebe einer Kontrolle unterzogen werden, so ist das schon sehr hoch gegriffen.

Und die Höhe der Kosten für die Durchführung der Unfallverhütung? 1927 wurden für die Durchführung der Unfallverhütung von den gewerblichen Berufsgenossenschaften 5 300 000 RM. und von

den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 725 300 Mk. aufgewandt.

	Mk.	Mk.	Mk.
gemeinl. Berufsgenossensch.	329 373	4 353 406	648 045
landw. Berufsgenossensch.	59 372	821 791	44 136
Zweiganstalten	883	272 801	20
Ausführungsbehörden	7 008	—	2 513

Auf einen Betrieb entfallen von den Aufwendungen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 5,80 Mk., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 0,16 Mk.

Oder rund 4 Pfennig kamen im Jahre 1927 für die Unfallversicherung bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften und 1/10 Pfennig bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf den Kopf des Versicherten.

Wir sehen also, daß die Betriebsüberwachung durch die Berufsgenossenschaften sehr viel zu wünschen übrig läßt. Es wird daher im Interesse der Eindämmung der Unfallgefahren eine weit häufigere und natürlich auch gründlichere Überwachung der Betriebe in die Wege zu leiten sein.

Und noch eins! Es wird zwar die Fortbildung der technischen Aufsichtsbeamten von den Berufsgenossenschaften gefördert. Aber die Vor- und Fortbildung der technischen Aufsichtsbeamten genügt allein nicht, die Sicherheit in den Betrieben zu erhöhen.

Neben einer Hinzuziehung der Arbeitnehmererschaft zum Aufsichtsdienst muß der Einfluß der Arbeitnehmererschaft in der Unfallversicherung erweitert werden.

Einführung in die Theorie der Wirtschaft.

Unter diesem Titel ist in Karl Heymanns Verlag ein Buch erschienen. (Preis geb. 7 Mk.) Herausgeber und Verfasser sind Professor Dr. Erik Nölting, Dozent an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., und Dr. Ernst Nölting, Direktor der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin.

ideologisch? Tatsache ist, daß das Gedankengebäude Karl Marx seit Jahrzehnten in den Köpfen der Gelehrten schuldige Verheerungen angerichtet hat. Woran aber nicht Marx schuld ist. Viele Wissenschaftler versuchen auch heute noch ihren verbalhornten und verkappten Marxismus an den Mann, d. h. in die Köpfe der Arbeiter zu bringen.

Es

hat noch nie eine herrschende Klasse gegeben, die freiwillig auf ihre Vorrechte und auf ihre Herrschaftsverhältnisse verzichtet hätte.

geht

darum nicht an, daß wir wie die wirtschaftsfriedlichen Arbeitnehmerorganisationen auf die Profamen warten, die von des Reichen Tische fallen.

nicht

zufrieden. Wir wollen den ganzen Anteil am Produktionsergebnis, der uns kraft unserer werkschaffenden Arbeit gebührt; wir wollen freie und gleichwertige Glieder der Volksgemeinschaft werden.

ohne

Kampf mit den Gewalten, die an der Beibehaltung des alten Zustandes interessiert sind. Es gibt keine Geschenke, es gibt nur eine erworbene Freiheit.

Kampf

den wir dem kapitalistischen Wirtschaftssystem ansetzen und den wir durch unsere starken Gewerkschaften führen wollen. Werbe daher für deine Organisation!

teil die Theorie; sie braucht die Kenntnis der Gesetze und Regelmäßigkeiten der Ökonomie. Sie weiß, ohne diese Kenntnis kommt sie nicht vorwärts. Die Arbeitererschaft denkt jedoch fast ausschließlich mit Recht verächtlich von jenen Theoretikern, die unter Hintansetzung von Moral den Marxismus fälschen, um des persönlichen Vorteils willen, um die Arbeitererschaft zu verwirren, zu korrumpieren, sie zu Verrätern ihrer Klasse zu machen.

pital und sozial-privatwirtschaftliches Kapital. Nach dieser Darlegung, die zur Verwischung des klaren eindeutigen Begriffs Kapital führt, ist auch der Hammer des Schmiedes und die Feder des Schreibenden Kapital. Von diesem Standpunkt ausgehend, wird fast alles zu Kapital, und wir können uns vor lauter Kapital nicht mehr retten.

Es

hat noch nie eine herrschende Klasse gegeben, die freiwillig auf ihre Vorrechte und auf ihre Herrschaftsverhältnisse verzichtet hätte. Auch die in der kapitalistischen Gesellschaft herrschenden Klassen werden das nicht tun. Es geht darum nicht an, daß wir wie die wirtschaftsfriedlichen Arbeitnehmerorganisationen auf die Profamen warten, die von des Reichen Tische fallen.

nicht

zufrieden. Wir wollen den ganzen Anteil am Produktionsergebnis, der uns kraft unserer werkschaffenden Arbeit gebührt; wir wollen freie und gleichwertige Glieder der Volksgemeinschaft werden.

ohne

Kampf mit den Gewalten, die an der Beibehaltung des alten Zustandes interessiert sind. Es gibt keine Geschenke, es gibt nur eine erworbene Freiheit. Wir erringen sie uns durch den Kampf!

Kampf

den wir dem kapitalistischen Wirtschaftssystem ansetzen und den wir durch unsere starken Gewerkschaften führen wollen. Werbe daher für deine Organisation!

Die Welt- und Pufffedernindustrie 1928.

Die Entwicklung der deutschen Weltfedernindustrie 1928 hat im Außenhandel nachstehende Tendenz zu verzeichnen: Rohfedern wurden 1928 eingeführt: 97 984 Doppelzentner; 1927 waren es 100 953 Doppelzentner.

Die fünfzehnjährige Mutter.

Der Vater jedoch geht weiter seinen Vergnügungen nach. Am Tage der Beerdigung der Mutter, acht Tage später, als der Bruder begraben wurde, bringt das 15jährige, schmachtige und zarte Mädchen ein Kind zur Welt, das den eigenen Vater zum Vater hatte.

Schwäbische Anekdote.

Ein junger Schwabe sah in der Eisenbahn einem Madle gegenüber, das ihm sehr gut gefiel. Er hätte gern ein Gespräch mit ihm angefangen, aber er war net so wirr Mannwerk vorredan.

Die Einfuhr für Weltfedern, gereinigt und zugerichtet, betrug 1928 17 185 Doppelzentner im Werte von 11 850 000 Mark; 1927 betrug die Einfuhr 14 760 Doppelzentner im Werte von 10 463 000 Mk.

Über die Schmuckfedernindustrie ist im Außenhandel nichts Wesentliches zu berichten. Sie ist 1928 im Vergleich zu 1927 ziemlich gleichgeblieben.

An der Einfuhr von Weltfedern in rohem und gereinigtem Zustand nach Deutschland beteiligen sich hervorragend: Frankreich, Ostpolen, Ungarn, China und die Tschechoslowakei.

Die Beschäftigung in der Weltfedernindustrie ist für 1928 im allgemeinen als gut zu bezeichnen. Von Arbeitseinschränkungen usw. ist nichts bekanntgeworden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Celle. Eine erfolgreiche Agitationstour in die Kieselgebiete der Einbeurger Heide wurde von der Zahlstellenleitung Celle in der Mitte des Monats Februar veranstaltet. In einem offenen Sesseltaxi wurde trotz Kälte und Schneegestöber am 17. Februar 1929 die Fahrt nach Oberose angetreten, die wirklich kein Vergnügen war. Nach zweistündiger Fahrt waren wir in Oberose angelangt. Um für fünf Kollegen aus Oberose Platz auf dem Wagen zu schaffen, mußte erst der Schnee vom Wagen geschaukelt werden. In Mitten d. d. Ortschaften noch zwei Kollegen zu, nachdem wir eine halbe Stunde bei unseren gastfreundlichen Mädeln Kollegen gerastet hatten. Als wir in Münstertal angelangt waren, verteilten wir uns auf die in weitem Umkreis zerstreut liegenden Baracken der Arbeiter und begannen mit unserer Agitationsarbeit. Diese Unterhaltungen waren teilweise in einem unglaublichen Zustand, so daß man sich oft wundern mußte, wie Menschen es in solchen Räumen aushalten können. In einer Baracke der Firma Soake waren Waschraum, Speiseraum und Kuchentisch in einem Raum vereinigt. Wärme spendete ein kleiner Kanonenofen, auf dem sich die Arbeiter Sonntags auch noch, einer nach dem anderen nützlich, ihr Essen kochen mußten. Handtücher, wie auf anderen Werken, bekommen die Leute hier nicht, und mit der Bettwäsche sieht es auch nur sehr mangelhaft aus. Die Schlafräume befinden sich in einem Zustand, daß uns die Worte fehlen, das zu schildern. Der feinerne Fußboden, die Wände, Türen und Fenster sind schmutzig und mit Spinnweben umzogen. Es ist kein Ofen in dem Raum, so daß sich die Arbeiter vor Kälte nicht darin aufhalten können. Die Arbeiter, die wir dort angetroffen haben, machten alle einen niedergedrückten, verbitterten Eindruck, und alle erklärten sich bereit, der Organisation beizutreten. Kollegen, macht endlich einmal auf und laßt euch sagen, daß auch der letzte Mann Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes wird. Nur dann wird es uns möglich sein, auch in Münstertal menschenwürdige Zustände und bessere Löhne zu schaffen. Anschließend hatten wir in der Gastwirtschaft „Hohe Luft“ eine Versammlung, und dann ging es zurück nach Celle. Den Kollegen in Mitten sowie ihren Frauen sind wir für die freundliche Aufnahme zu bestem Dank verpflichtet.

Gera. Am 24. Februar 1929 tagte in Gera die Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Gera-Hermisdorf-Greiz. Sie war von 78 Delegierten besucht. Die Gausleitung war durch den Kollegen Schneider vertreten. Kollege Gerhardt gedachte in seiner Begrüßungsansprache der im Geschäftsjahr verstorbenen Mitglieder. Über die Branchen Ziegel, Kalk, Papier und einige Ortsverbände erfaßte Kollege Gerhardt Bericht. In allen Branchen und Betrieben haben erfolgreiche Lohnbewegungen stattgefunden. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so lag dies daran, daß das Organisationsverhältnis in einigen Betrieben noch verbessert werden muß. Die Erwerbslosigkeit hat auch unsere Zahlstelle hart getroffen, ebenfalls ist der Krankenstand besonders hoch. Durch Haus- und Betriebsagitation konnte der Mitgliederbestand gesteigert werden. Seit einem Jahre sind die früheren selbständigen Zahlstellen Greiz, Erlebes und Pöhlitz unserer Zahlstelle mit angeschlossen. Der Mitgliederbestand betrug zur Zeit 3147, davon wurden 385 Mitglieder durch Agitation neu gewonnen. Der Gesamtumsatz der Hauptkasse betrug 112 768,40 Mark. Allein an Kranke wurden über 30 000 und an Arbeitslose über 15 000 Mark ausgegeben. Der Hauptkasse sind 38 087 Mark überwiesen worden. Eine größere Summe wurde noch für die anderen Unterabteilungen ausgegeben. Der Lokalkassenbestand von 3300 Mark am Beginn des Geschäftsjahres konnte um mehr als 4000 Mark gesteigert werden. Kollege Martin berichtete eingehend über die Branchen Porzellan und Chemie. In der Porzellanindustrie ist das Organisationsverhältnis sehr gut und in den chemischen Betrieben ist es teilweise auf 100 Prozent gestiegen. Die Lohnpolitik in beiden Branchen hat zu kleinen Erfolgen geführt. Die Akkordpreise müssen aber erhöht werden, da sonst die Kollegenschaft ins Hintertreffen kommt. Beide Branchen haben Reichstagsverträge. In der Porzellanindustrie ergeben sich durch die Stückpreisregulierungen fortgesetzte betriebliche Schwierigkeiten. Beide Geschäftsführer haben zusammen 539 Versammlungen, Sitzungen, Vertretungen und sonstige Veranstaltungen abgehalten bzw. wahrgenommen. Die Aussprache war lebhaft, doch hat sie sachliche Bemängelungen nicht ergeben. Vor der Neuwahl der Verwaltung feilte Kollege Schneider mit, daß die Kassierstelle ausgeschrieben wird. Bei der Neuwahl der Verwaltung wurden für einige freiwillig auscheidende Mitglieder andere neu- und alle übrigen einstimmig wiedergewählt. Kollege Mayer (Darmstadt), zur Zeit provisorischer Kassierer, hielt einen instruktiven Vortrag über das Thema: „Die Wirtschaftsdemokratie im Rechte“, in welchem er die Entwicklung der Rechtswirtschaft von der Sklaverei an bis zum Gegenwärtigen schilderte.

Kellerebach. Solidarität und Nächstenliebe wird in der „Gewerkschaftskirche“ immer als besonders christliche Tugend gepriesen, besonders dann, wenn es gilt, einem Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes etwas zu flicken. Es ist sonst nicht unsere Art, über eine Entgeißelung eines Arbeiters zu jammern; jedoch müssen wir einmal an einem Beispiel zeigen, wo wahre Solidarität und Kollegialität geübt wird. In der hiesigen Glanzstoffabrik arbeitet der christlich organisierte Robert Höck; nebenbei bemerkt, war er vorher Mitglied der Union und hat sich vor nicht allzulanger Zeit als hypertrophischer Umfängerler betätigt, ganz zu Schweigen davon, daß er als christlich organisierter Arbeiter aus der Kirche ausgeschlossen ist. Dieser Höck hat ein überempfindliches Nerven-system. Ruft ein Arbeitskollege seinen Namen, so wird er suchstufenswils, und da dies seine Mitarbeiter wissen, erlauben sie sich öfter den Spaß, Höck mit Namen anzurufen. Dies geschah auch kürzlich. Über an diejenige, die sich den Akt erlaubten, wachte sich Höck nicht; dagegen nahm er sich einen jungen Kollegen von etwa 20 Jahren vor, spuckte ihm ins Gesicht, warf ihn gegen den Spind und schlug ihm mit der flachen Hand mehrmals ins Gesicht. Der geschlagene Kollege war an dem Augen vollständig unbeteiligt. Auf Beschwerde des Geschlagenen sollte nun Höck entlassen werden. Bei der Aussprache mit dem leitenden Ingenieur entspann sich im Belfein des freigewerkschaftlichen Arbeiterratvorsitzenden ein interessantes Intermezzo. Höck mußte sein rüpelhaftes Verhalten zugeben, und als Entschuldigung führte er an, daß ihm seine Arbeitskollegen „nachmachen“, weil er christlich organisiert sei. Kollege Scherer wies diese Denunziation als unwohlenergie zurück und zeigt an Hand von Beispielen, daß er jederzeit für christliche und unorganisierte Kollegen bei der Betriebsleitung eingetreten sei, obwohl diese nicht den Mut hatten, ihre Forderungen erstmalig selbst zu vertreten. Da nun auch der Ingenieur diese Mädeln nicht gelten ließ, verfiel dieser freidenkerliche christliche Organisierte auf den genialen Gedanken, sämtliche Sachwerker als Pfuscher zu denunzieren. Er führte aus, daß er diese öfter meldete, da sie pfuschen (d. h. für sich oder andere heimlich etwas anfertigen). Die Red., weshalb sie ihm im Betrieb nachstellen. Auch diese unkollegiale Tat verdingt nicht. Der Arbeiterrat hatte natürlich kein Interesse an der Entlassung von Höck und setzte sich für sein Bleiben ein, was er auch erreichte. Damit bewies der freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterrat, daß er nicht nach Verbandszugehörigkeit urteilt, sondern nur nach den in der freien Arbeiterbewegung geltenden Grundsätzen. Warum wir dies veröffentlichten? Einmal, um der viel gepriesenen „besonderen christlichen Moral“ die Moral des anständig denkenden Menschen entgegenzustellen, zweitens, um der Arbeiterschaft des Betriebes die Moral Höcks zu zeigen, denn dieser gute Mann war im vergangenen Jahr auf der Arbeiterratsliste der christlichen Gewerkschaften und soll auch dieses Jahr wiederum dort erscheinen. Wir gratulieren dem christlichen Fabrikarbeiterverband. Als Menschen, die nicht mit ihrer Frömmigkeit prahlen, bitten wir aber den christlichen Höck, nicht wieder an seiner Frau seine Wut zu kühlen, wenn er es mit seinen Mitarbeitern nicht fertig bringt. G.

Ludwigshafen a. Rh. Am 23. Februar 1929 fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Derringer der 23 im Jahr verstorbenen

Mitglieder. Sodann erstattete er den Geschäftsbericht. Seinen Ausführungen ist es zu entnehmen: Für die Gewerkschaften kann das Wirtschaftsjahr 1928 als günstig bezeichnet werden. Hundertausende von neuen Mitgliedern fanden den Weg zu den freien Gewerkschaften. Auch der Fabrikarbeiterverband hat eine große Anzahl von Mitgliedern gewonnen. In dem Auffassung ist unsere Zahlstelle nicht so beteiligt, wie es erwünscht gewesen wäre, jedoch könnte man mit dem Ergebnis zufrieden sein, wenn alle neugewonnenen Mitglieder bei uns geblieben wären. In den für uns zuständigen Industrien war die Geschäftslage zufriedenstellend. Besonders hatte die Chemie einen starken Geschäftsgang zu verzeichnen. Die Verringerung der Belegschaft in der J.-G. Farbenindustrie, A.-G., um rund 1000 Arbeiter hatte ihre Ursache nicht in den Produktionsbetrieben, sondern in den Betriebswerkstätten. Ungefähr 250 Arbeiter wurden im Berichtsjahre pensioniert, 70 Prozent der entlassenen Arbeiter waren Handwerker. Der geringe Rückgang an Fabrikationsarbeitern dürfte auf technische Verbesserungen zurückzuführen sein. Prozentual ist die Zahl der Fabrikationsarbeiter im Laufe des Jahres etwas gestiegen. In allen Industrien waren zu Beginn des Jahres von den Beschäftigten 61,01 Prozent Ungelernte und am Schluß des Jahres 62,38 Prozent, Ungelernte 3,85 Prozent bzw. 3,99 Prozent, Selzer und Maschinenisten 3,28 Prozent bzw. 3,57, Handwerker 29,86 Prozent bzw. 28,06 Prozent. Insgesamt waren am Schluß des Jahres in 35 Betrieben 645 = 2,69 Prozent weniger Beschäftigte festzustellen als zu Beginn des Jahres. In einigen Betrieben hat sich die Belegschaftsziffer erhöht. Ferner wurde in 3 Betrieben die Arbeitszeit von 8 auf 8 Stunden herabgesetzt.

Durch einen neuen Bezirksvertrag wurden für die Arbeiterschaft in der Ziegelindustrie Verbesserungen in den Lohn- und

Bekenntnisse einer schönen Seele.

Die Zeit ist gekommen, um die auslaugende, blöde Arbeit aus dem werksäftigen Leben zu entfernen. Niemand frückt sich gegen die rechte Arbeit, nur gegen dieses Element lehnt man sich auf. Wir müssen es vertreiben, wo immer wir es finden. Wir werden solange kein Kulturvolk sein, bis nicht die Treitmühle aus dem Tagewerk entfernt worden ist.

Henry Ford in „Mein Leben und Werk“.

Arbeitsbedingungen erreicht. Das Zustandekommen eines Bezirksvertrages für die süddeutsche Zuckerindustrie schloß einen Widerstand der Arbeitgeber. Für die Rohzuckerindustrie wurde durch zentrale Verhandlungen ein neuer Vertrag geschaffen, der ebenfalls viele Verbesserungen brachte. Ein neuer Bezirksvertrag für die Chemie, Sektion VI, konnte, obwohl die Verhandlungen schon monatelang schweben, noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Durch die Lohnbewegungen wurden die Löhne in den einzelnen Industrien durchschnittlich um 6 bis 12 Prozent erhöht. In fast allen Industrien mußten die Schlichtungsinstanzen zur Regelung der Löhne angerufen werden. Nur in der Zuckerindustrie konnte ein Tarifvertrag ohne die Mitwirkung einer Schlichtungsinstanz abgeschlossen werden. Die fortschreitende Teuerung macht es erforderlich, neue Lohnbewegungen einzuleiten.

Die Durchführung der Betriebsratswahlen scheiterte in sechs Kleinbetrieben, für die ein Obmann zu wählen wäre, an der Interesslosigkeit der Beschäftigten. In 5 Kleinzegeleien und in einem Eisenbetrieb mit 5 Beschäftigten verzichteten die Belegschaften auf ihr Recht, sich einen Obmann zu wählen. Die Interesslosigkeit macht sich besonders bei Akkordarbeitern bemerkbar. In den für uns zuständigen Betrieben wurden 188 Betriebsräte gewählt, hiervon sind 51 Angestellte und 137 Arbeitervertreter. Von den 137 Arbeitervertretern gehören 92 unserer Organisation an. Von 130 gewählten Arbeitervertretern stellt unsere Organisation 83. Von 27 Vorstehenden sind 23 Mitglieder unseres Verbandes.

Am 9. April ehrte die Zahlstelle 73 Jubilare, die eine Mitgliedschaft von 25 bis 34 Jahren aufzuweisen hatten.

An einer nach dem Reichstagsvertrag der Chemie vorgeschriebenen Abstimmung, ob der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden soll, beteiligten sich 83,11 Prozent von den in neun Betrieben Beschäftigten. Davon stimmten für Arbeitsruhe 86 Prozent. Nur in einem Betriebe wurden die vorgesehenen 75 Prozent nicht erreicht.

Bisher haben 17 Kollegen und 1 Kollegin unserer Zahlstelle an den Kurien des Hauptvorstandes teilgenommen. Wir erwarten, daß sich zu den neu ausgeschriebenen Kurien weitere Mitglieder melden, zumal in der Zahlstelle geschulte Funktionäre fehlen. Eine Zahlstelle kann sich nur dann gut entwickeln, wenn ihr ein gesulter Funktionärskörper zur Seite steht.

Vor den Arbeitsgerichten Ludwigshafen a. Rh., Frankenthal und Mannheim sind 48 Klagen für 93 Mitglieder geführt, hiervon endeten 26 Klagen mit gutem Erfolg, 12 mit teilweisem und 6 ohne Erfolg. 2 Klagen wurden zurückgezogen und 2 waren noch unentschieden. Die meisten Klagen mußten gegen die J.-G. Farbenindustrie, A.-G., geführt werden. Entlassungen erfolgten meist wegen dauernder Krankheit. Die Firma erklärte, solche Arbeiter eignen sich nicht mehr für einen chemischen Betrieb. Die Entlassungsfreiheiten wurden gewöhnlich zugunsten der Betroffenen erledigt und sie erhielten eine ihrer Beschäftigungsdauer entsprechende Entschädigung. Entschädigungen sind aber nicht die Mittel, welche die Jagd veranlassen, von solchen Entlassungen Abstand zu nehmen. Der Hauptzweck, solche Arbeiter loszuwerden, ist ja erreicht. Auch Entlassungen wegen nicht genügender Arbeitsleistung sind erfolgt, obwohl die meisten Arbeiter in solchen Fällen 8 und 9 Jahre im Betrieb beschäftigt waren und bestimmt in dieser Zeit ihre Pflicht erfüllt hatten.

Im Geschäftsjahr fanden insgesamt 436 Versammlungen, Sitzungen und Besprechungen statt. An Postausgängen sind 1811 zu verzeichnen. Im Bureau wurden 31 510 Vermittlungsforderungen angefertigt. Die Einnahme der Hauptkasse erhöhte sich im Berichtsjahr um 34 733,08 Mk. Von der Gesamteinnahme der Hauptkasse sind 62,80 Prozent den Mitgliedern am Orte zugute gekommen, 37,20 Prozent sind an die Hauptkasse abgeführt worden. Die Ausgaben für Erwerbslosen- und Krankenunterstützung erhöhten sich gegenüber dem Jahre 1927 um 27,93 Prozent, die Einnahmen der Lokalkasse um 33,79 Prozent und die Ausgaben um 23,74 Prozent und der Markennumsatz um 28,61 Prozent. Die Jahresbeitragsleistung erhöhte sich um 8 Beiträge und die wöchentliche Durchschnittsbeitragsleistung um 4,6 Pf. Auch der Lokalkassenbestand stieg dementsprechend. Im Laufe des Jahres wurden 1377 Mitglieder neu gewonnen. Durch die Stilllegungen der Saisonbetriebe und durch starken Wechsel in den Betrieben ist eine starke Fluktuation eingetreten, so daß nur eine Mitgliedersteigerung um 12,50 Prozent erreicht werden konnte. An den Gesamtzusammenfassungen ist die Jagd mit 31,25 Prozent und die Zuckerfabrik Frankenthal mit 26,34 Prozent beteiligt, die übrigen verteilten sich auf die Mittel- und Kleinbetriebe. 285 von den neugewonnenen Mitgliedern waren Frauen.

Ein besonderes Augenmerk wurde der Hausagitation zugewandt und mehrere Tausende Indifferente wurden in der Wohnung aufgesucht. 672 Mitglieder wurden hierbei gewonnen, im Vorjahre 550 Mitglieder.

An den Gesamtfolgen vom Jahre 1928 waren 123 Funktionäre beteiligt, 15 hiervon haben allein 853 Renaufnahmen gekostet. Weitere 19 Kollegen stifteten 10-23 Renaufnahmen, insgesamt 251, so daß 34 Funktionäre insgesamt 1109 Renaufnahmen als Erfolge buchen können. Auf die übrigen Funktionäre entfallen 1 bis 9 Renaufnahmen. Die Erfolge sind anerkennenswert, zeigen

aber auch, daß die Agitation nicht fruchtlos ist, wenn sie mit Energie und innerer Überzeugung betrieben wird.

Kollege Gbly erstattete den Kassenericht. Die bestehende Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Verringer.

Ostereode a. S. Am 10. Februar 1929 fand in Herzberg a. S. die alljährliche Generalversammlung der Zahlstelle Ostereode a. S. statt. Anschließend war eine allgemeine Funktionärerversammlung. In der Generalversammlung gab Kollege Hagenbuch den Bericht über das 4. Quartal. Alles übrige wurde für die nachfolgende Versammlung zurückgestellt. Um 1 Uhr mittags eröffnete der Vorsitzende die Funktionärerversammlung. Erschienen waren 60 Kollegen und Kolleginnen. Ungefähr 20 Kollegen konnten infolge Krankheit nicht erscheinen. Der Kollege Hagenbuch gab einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Zahlstelle. Darans ist zu entnehmen, daß während seiner zweijährigen Tätigkeit die Mitgliederzahl von 469 auf 1010 anstieg. Dementsprechend haben sich auch die Kassenerhältnisse verbessert. Während im 1. Quartal 1927 infolge der geringen Mitgliederzahl die lokalen Mittel nicht ausreichten, ist heute ein Lokalkassenbestand von 2559,32 Mk. vorhanden. Außerdem wurden an die Hauptkasse an Schulden 600 Mk. zurückgezahlt. Diese erfreulichen Fortschritte konnten erzielt werden, weil es gelungen war, einen gesulzten und arbeitsfreudigen Verbandsmännerkörper heranzubilden. Vor dem Arbeitsgericht waren von dem Kollegen H. 27 Klagen vertreten worden, von denen 3 verloren gingen, die übrigen aber den klagenden Kollegen einen Gewinn von 1832,08 Mk. erbrachten. Vor dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes Nordheim wurden 57 Fälle von unserem Geschäftsführer vertreten, die sämtlich zugunsten unserer Kollegen und Kolleginnen ausfielen. Manchem Kollegen und mancher Kollegin, denen die Arbeitslosenunterstützung oder Krankenunterstützung ganz oder teilweise entzogen war, wurde die Unterstützung dadurch weitertgewährt. Die Versammlung sprach sich in jeder Weise anerkennend über die Tätigkeit des Geschäftsführers und der Ortsverwaltung aus. Antragsgemäß wurde letztere einstimmig wiedergewählt. Darauf schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Fabrikarbeiterverband die Versammlung.

J. Fricke (Herzberg).

Sonneberg i. Thür. Unsere Generalversammlung fand am 24. Februar 1929 statt. Es nahmen ungefähr 160 Delegierte daran teil. Der Kollege Brandel erstattete den Geschäftsbericht. Wir können auch bei uns eine Festigung der Organisation feststellen. Leider ist die Wirtschaftslage nicht so günstig, so daß viele unserer Kollegen arbeitslos sind. Dadurch wird unsere gewerkschaftliche Arbeit natürlich sehr erschwert. Durch die häufige unterklassische Bezahlung der Heimarbeiter haben wir eine Anzahl von Klagen vor dem Arbeitsgericht vertreten müssen, die größtenteils mit einem günstigen Urteil für die Arbeiter endeten. Die Gewerbaufsicht verfährt noch recht oft, nicht zum mindesten auch darum, weil vielen Arbeitern der Mut fehlt, auf Mißstände in den Betrieben aufmerksam zu machen. In der chemischen Industrie wurden durch Konkurs des Gummitwerkes 51 Arbeiter arbeitslos. Im Konkursverfahren mußten die Rechte dieser Kollegen gewahrt werden. In der Farbendindustrie in Grub konnten die Löhne um 6 Pf. verbessert werden. Papierindustrie: Die Arbeiter der Papierfabrik Oberlauter bekommen ihren Tariflohn. Einige sind der Auffassung, was sollen wir da noch Beiträge zahlen? Egoismus hat sie zur Gewerkschaft geführt, Selbstsucht veranlaßt sie, den Gewerkschaftsbeitrag „zu sparen“. Die Folgen werden sich bald zeigen. Im Betrieb Spindler, Köppelsdorf, besteht kein Tarifvertrag. Das Organisationsverhältnis ist nicht so, wie es sein möchte. In der feuerfesten Industrie ist unsere Organisation so stark, daß wir etwas durchsetzen können. Anders steht es mit den Tongrubenarbeitern, die noch nicht den Weg zu unserer Organisation gefunden haben. Mit den Vorgängen in der Ziegelindustrie sind wir deshalb zufrieden, weil wir den Schloßbaronen des Koburger Gebietes gezeigt haben, daß sie nicht tun und lassen können, was sie wollen. Mehrere tausend Mark mußten nachgezahlt werden. In der Spielwarenindustrie waren wir bemüht, einen einheitlichen Tarifvertrag zu schaffen. Das ist uns in schweren Kämpfen gelungen, der Tarif kann sich mit seinem Spitzenlohn, seinen Ferien und sonstigen sozialen Bestimmungen sehen lassen. Die Unternehmer gehen nun Generalantritt gegen ihn über, die Allgemeinverbindlichkeit ist vernichtet, sie ist nur für Sonneberg ausgesprochen. Darum müssen wir rufen, um dann diese Kämpfe bestehen zu können. Wenn die Arbeiter heute um Abschluß eines Tarifvertrages ersuchen, hat das seinen besonderen Grund. Im Hinterland wird ein Stundenlohn von 45 Pfennig gezahlt, der Tarif sieht einen solchen von 78 Pfennig vor. In der Heimindustrie sind wir mit den tariflichen und organisatorischen Fortschritten zufrieden. Besserung der Verhältnisse konnten wir durchsetzen für die Schiffmacher und die Raschenmacher, die unter unglücklich traurigen Verhältnissen litten. Sie konnten ihre Versicherungsbeiträge nicht zahlen und kamen nicht in den Genuss der Arbeitslosenunterstützung. Bei den Balsamachern sind alle Bemühungen zunichte gemacht worden. Was nützen Kongresse, Forderungen, Eingaben, wenn die Heimarbeiter nicht hinter ihnen stehen? Eine Anzahl von Sitzungen und Versammlungen war notwendig. Die Mitgliederbewegung zeigt, daß es voran gegangen ist. Unser Auto hat uns die Bearbeitung vieler Orte bedeutend erleichtert, die wir sonst nur schwer erreichen konnten. Den Bericht über die Porzellanindustrie erstattete Kollege Amelius: Anfang des Jahres war die Geschäftslage gut, die Krise setzte erst langsam ein. Neubaus entläßt immer sofort und versucht nicht, seine Arbeiter soweit als möglich zu beschäftigen. Dort ist die Belegschaft von 900 auf 600 zurückgegangen. Kleinere Betriebe können die Stilllegung nicht so leicht durchführen, sie bringt Schwierigkeiten und Kreditminderung mit sich. Der Kern der Bewegung liegt in den Großbetrieben. Die Porzellaner haben eingesehen, daß im Zusammenschluß ihre Kraft und ihre Stärke liegt. In einigen Betrieben hoffen wir das Organisationsverhältnis wieder auf 90 bis 95 Prozent zu bringen. Die Fabriken in Sonneberg, Mengersguth und Burggrub sind zu 100 Prozent organisiert. Das ist das Ergebnis eifriger Tätigkeit einiger Funktionäre. Die Erklärung der Starblunge als Unfall ist ein Erfolg der Gewerkschaften, die Krisenfürsorge für unser Gebiet ebenfalls, den viele Arbeiter einstecken, ohne sich zu sagen, daß man sich organisieren muß. Die Porzellanarbeiter waren an der Bildungsarbeit des Verbandes stark interessiert, ein Beweis für ihre geistige Lebendigkeit. Sie sehen auch die Vorteile, die der Zusammenschluß gebracht hat und fühlen sich in der neuen Organisation wohl. Kollege Weis erläuterte den Kassenericht. Die gewonnenen Mitglieder konnten nicht alle gehalten werden, trotzdem ist die Mitgliederzahl gesteigert worden um mehr als 400. Die Beitragszahlung weist eine Besserung auf. Die Mitglieder sind bemüht, den sätzungsmäßigen Beitrag zu zahlen. Restanten sind wenig vorhanden, ein Beweis, daß die Unterkassierer ihre Pflicht erfüllt haben. Die Hauptkasse balanciert mit rund 177 000 Mark. Es sind für Unterstützungen mehr als 73 000 Mark ausgegeben worden. Die Lokalkasse balanciert mit 72 000 Mark. Hier entfallen die größten Summen auf Ausgaben für die Verwaltung mit 30 000 Mark, Hilfskassierereinstellung 16 000 Mark, Agitation 4000 Mark und schließlich bleibt ein Kassenerbestand von 11 000 Mark. Kollege Seidert erstattete den Bericht der Revisoren: Es haben sieben Revisoren stattgefunden, die Kasse ist in Ordnung. Die Ansprache war sehr lebhaft und sachlich. Die bisherige Ortsverwaltung wurde wiedergewählt, nur die papierverarbeitende und die feuerfesten Industrie erhielten neue Vertreter. Nach einem kurzen Referat des Kollegen Brandel über den Angriff der Unternehmer gegen das Tarifrecht wurde die Generalversammlung von dem Kollegen Saffa mit der Mahnung zur Einigkeit und Treue gegen die Organisation geschlossen.

Waldenburg. Die in Altwasser abgehaltene Jahresgeneralversammlung der Bezirkszahlstelle Waldenburg erwies eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Fabrikarbeiterverbandes und des Keremischen Bundes. Die Konferenz war von 70 Kollegen besucht, davon waren 66 Delegierte. Aus Hannover war der Kollege Milczek amwesend. Nach einleitenden Worten erstattete der erste Bevollmächtigte, Kollege Käbn, den Jahres-

Bericht. Er gab einen Überblick über die im letzten Jahre geführten Kämpfe. Das Jahr 1928 war für die Gewerkschaftsbewegung ein außerordentliches Kampfsjahr. Die sozialen Kämpfe waren außerordentlich hart, und es kann festgestellt werden, daß sich die Gewerkschaften in diesen Kämpfen gut geschlagen haben. Die Geschäftslage hat sich leider in der zweiten Hälfte des Jahres allmählich verschlechtert. Von den zum Bezirk gehörenden Firmen haben fünf Stilllegungsankündigungen eingereicht. In der Porzellan-, Glas- und Ziegelindustrie wurden im letzten Quartal erhebliche Entlassungen vorgenommen, nachdem bereits in verschiedenen Betrieben Kurzarbeit eingeführt war. Auch die Kälteperiode hat den Geschäftsgang in einigen Betrieben nachteilig beeinflusst. In einer eingehenden Besprechung der im Berichtsjahr abgeschlossenen Tarifverträge wurde dargelegt, welche Erfolge in den einzelnen Branchen erzielt wurden. Das Ertragsniveau ist durchaus beachtenswert. Es wurden in einigen Industriezweigen Lohnsteigerungen bis zu 15 Prozent herausgeholt. Auch die sonstigen Arbeitsbedingungen, Urlaub, Überstundenzuschläge u. a., konnten teilweise verbessert werden. Die Frauenlöhne in der Porzellanindustrie wurden ebenfalls bedeutend verbessert. Auch in der Glasindustrie konnten achtbare Erfolge erzielt werden. Verhandlungen über den Manteltarif in der Spiegelindustrie stehen noch aus. Der Bericht wurde in den anderen zum Bezirk gehörenden Industrien, wie Schamotte-, Gemische, Ziegel-, Zuckerindustrie, Ton- und Sandgruben, durch den Kollegen Schneider (Saarau) ergänzt. In diesen Industrien, wie auch in der Zementwaren- und in der Papierindustrie, konnten Erfolge erzielt werden. Die Durchführung der Tarife brachte eine Reihe von Streitigkeiten mit sich, die durch die Organisation geschlichtet werden mußten. In den Tongruben in Rausche kam es zu einem achtwöchigen erfolgreichen Streik. In fast allen Industrien stehen zum Frühjahr Lohnbewegungen bevor. Die heutigen Löhne der Kollegenschaft bedürfen dringend einer Aufbesserung. Über die Tätigkeit der Betriebsräte konnte ebenfalls Gutes berichtet werden. In allen Betrieben sind freigewerkschaftliche Betriebsräte vorhanden. Die Bildungsarbeit wurde erheblich gefördert. Vor den Arbeitsgerichten wurden 21 Klagen gewonnen, 27 endeten durch Vergleich, eine wurde zurückgezogen und eine wurde abgewiesen. Der Mitgliederstand hat sich im Berichtsjahre ebenfalls günstig entwickelt. Waren am Schluß des Jahres 1927 4282 Mitglieder vorhanden, so stieg die Mitgliederzahl im Berichtsjahre auf 5204. Das ist eine Zunahme um 922 oder 21,5 Prozent. Davon sind 1928 weibliche Mitglieder. Dieses Ergebnis beweist, daß die Kollegenschaft den Nutzen und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation mehr und mehr erkennt. Aber auch die heute noch Abseitstehenden müssen immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es nicht nur gilt, die vom Verband erkämpften Lohn- und Tarifbedingungen in Anspruch zu nehmen, sondern daß sie sich auch einreichen und mitkämpfen müssen. Die Ausentfaltung der angestellten Kollegen zeigt sich in folgenden Zahlen. Es haben im Berichtsjahre stattgefunden 24, Verhandlungen mit Vertretern der Kollegenschaft, 2, Geschäftsführerkonferenzen, 4, Gau-Branchenkonferenzen, 5, Gaukonferenzen, 1, Mitgliederversammlungen, 189, Branchenversammlungen, 26, Betriebsversammlungen, 114, öffentliche Versammlungen, 16, Verwaltungssitzungen und Revisionen, 10, Ortsgruppenleitungssitzungen, 24, Branchenleitungssitzungen, 6, Sitzungen mit Betriebsräten, 29, Sitzungen mit Vertrauensleuten und Kassierern, 61, Verhandlungen vor ordentlichen Gerichten, 61, Verhandlungen vor Arbeitsgerichten, 75, Verhandlungen mit Arbeitgeberern, 93, Verhandlungen vor ordentlichen Schlichtungsinstanzen, 19, Verhandlungen vor tariflichen Schlichtungsinstanzen, 23, Sitzungen bei Ortsausschüssen, 65, Veranstaltungen in Genossenschaft, Volksfürsorge, Partei usw., 27, Sitzungen bei öffentlichen Körperlichkeiten, 38. Die Vorwärtsentwicklung kam auch in dem Kassensbericht des Kassierers zum Ausdruck. Die Kasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 193 079 Mk. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 15 376 Mk. gegenüber 4547 Mk. am Schluß des Vorjahres auf. In Bezug auf die Beitragsleistung wurde festgestellt, daß die Mitglieder sich durchaus ihrer Pflichten bewußt gewesen sind. Auch die Jahresdurchschnittsleistung von 57,34 ist erfreulich. Die Quartalsentnahmen haben sich ständig günstig entwickelt; die regelmäßigen Revisionen gaben zu Beanstandungen keinen Anlaß. Auch im neuen Jahre stehen den Gewerkschaften große und schwere Kämpfe bevor. Deshalb gilt es, die Gewerkschaft stark zu machen, um allen gestellten Anforderungen gewachsen zu sein. Es ist notwendig, daß sich die Mitgliedschaft noch mehr als bisher aktiv am Gewerkschaftsleben beteiligt. In der Ansprache beteiligte sich eine große Zahl Delegierter, die die geleistete Arbeit anerkannten. Dabei wurde auch auf das übermäßig gesteigerte Arbeitstempo in der Industrie und auf die fortschreitende Rationalisierung hingewiesen. Verschiedene Redner brachten Vorschläge über die Ausgestaltung des Bildungswesens und der Agitation. Ein Kollege richtete Angriffe gegen das Schlichtungswesen. Im Schlußwort konnte eine erfreuliche Übereinstimmung mit den Delegierten festgestellt werden. Der gut gelaunte und frische Funktionärskörper bürgt dafür, daß es auch im neuen Jahre weiter vorwärts geht. Der Kollege Willemsen von der Rechtsabteilung in Hannover hielt sodann ein inhaltsreiches und instruktives Referat über Betriebsräte. Er behandelte eingehend einzelne und wichtige Bestimmungen des BetrVG. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Eine Reihe von Fragen wurde vom Referenten beantwortet. Nach der Wahl der engeren Bezirksverwaltung und einem kurzen Schlußwort erreichte die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband ihr Ende.

Wiesbaden-Bericht. Die hiesige Zweigabteilung hielt am 22. Februar ihre Jahresgeneralversammlung ab. Den Bericht über das vergangene Jahr gab Kollege Groß. Das Jahr 1928 begann mit dem großen Abban bei der Firma Zementfabrik Dyckerhoff & Widmann, bei dem leider auch 4 Betriebsratskollegen entlassen wurden. Im Verhandlungswege konnten wir für diese 4 Kollegen 6000 Mk. heraushehlen; das zeigt, daß das Unternehmertum es sich etwas kosten läßt, wenn es gilt, tüchtige Verbandsfunktionäre loszuwerden. Der im März abgeschlossene Lohnvertrag der chemischen Industrie konnte dank der guten Organisation im Verhandlungswege um 10 Prozent verbessert werden. Auch in der anderen hiesigen Industrie (Eisene und Erden, Schamotte) laufen verhältnismäßig günstige Tarifverträge. Die Zweigabteilung hat sich im vergangenen Jahre günstig entwickelt. Die Mitgliederzahl steigt dauernd und beträgt zur Zeit 1433. Im vergangenen Herbst führten wir eine erfolgreiche Werbekampagne durch. Da die Chemie dazu übergeht, vornehmlich weibliche Arbeiter einzustellen, ist hier zur Agitation unter den Arbeiterinnen ein weites Arbeitsfeld gegeben. Den Verbandsratskollegen steht Beitragsleistung kommt die Tätigkeit in vollem Maße aus. Die Arbeiterkräfte arbeiten mit der Verbandsleitung Hand in Hand. Da die Unternehmer für den 1. April 1929 abzuschließenden Lohnvertrag bedeutende Verschlechterungen, Abban der Familienzulage, Schaffung einer Lohnaufschneise, beschließen, muß alles veranlaßt werden, um das gesamte Interesse auf den Lebensstandard der Chemiearbeiter abzuwehren. Den Vorsitz übernahm Kollege Meiner. Zur Kreisdelegiertenkonferenz in Mainz wurden die Kollegen Heiser, Schöpf, Heiser, Kasper, Meiner, Gög, Heiser und Hörner gewählt. In Karlsruhe delegierten die Kollegen Schöpf, Meiner, Heiser und Groß ab.

Frauenfragen.

Wozu Frauenversammlungen?

Die immer häufiger in Erscheinung tretende Frauenverarbeit im Produktionsprozeß und die Passivität der Frau im Organisationsleben verpflichten uns heute mehr denn je, die Frau zur Frau, die Kollegin zur Kollegin sprechen zu lassen. Durch Hinweis auf die erworbenen Rechte der Frau und ihre Stellung im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben vermag die

Kollegin ihre Mitarbeiterinnen besser aus der bisherigen Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit zu wecken als der Mann.

Warum sind besondere Versammlungen für Arbeiterinnen gerade bei uns heute so nötig? Und welche Erfahrungen haben wir schon sammeln können? Wie kann man der mehr fähigmäßigen Einstellung der Frau gerecht werden? Schon vor der Versammlung hört man oft aus dem gegenseitigen Gedankenaustausch die Frage hervor: „Was kann uns wohl die Referentin erzählen?“ Während der eine Teil der Kolleginnen der Meinung ist, daß doch alle Mühe — der Arbeiterschaft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen — vergebens sei, folgt die andere, oft kleinere Schar dem Rufe der Einladungen. Mit neugierigen Mienen hören sie die anfangs vielleicht noch stockend, dann immer lebendiger in Beispielen gegebenen Ausführungen der Kollegin an. Diese spricht ja aus eigenen Beobachtungen und Erlebnissen während ihrer Betriebsarbeit.

An der Aufmerksamkeit der Kolleginnen sieht man stets, daß die Referentin allen Versammlungsteilnehmerinnen eigenes Erleben ins Gedächtnis zurückgerufen hat. Dies bestärkt uns schon oft die erst verflochten, dann immer beherzter gestellten Fragen der einzelnen Kolleginnen. Fühlten sie sich doch von der Kollegin besser verstanden als vom mitarbeitenden Kollegen. Meist kommt zum Ausdruck, daß der Kollege sich noch sehr wenig bemüht, die Kollegin als gleichberechtigt und vollwertig anzuerkennen.

Meine Auffassung geht dahin: Die Frauen müssen in Zukunft neben der regeren Werbearbeit für festen Zusammenschluß innerhalb der Organisation auch durch die lebhafteste Beteiligung bei der Diskussion in Betriebs- und Funktionärversammlungen und die größere Bereitwilligkeit zur Annahme ehrenamtlicher Funktionen sich mehr bemerkbar machen. Das wird Erfolge unserer Frauenversammlungen und Frauenwerbungen bringen. Über besondere Frauenversammlungen sind immer nötig. Und die müssen gut vorbereitet und richtig angefaßt werden. Dann sind sie erfolgreich.

Emmi Rumberger (Dresden).

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der kommunistische Demagoge.

Es ist ein trauriges und schmutziges Handwerk, das diese kommunistischen „Führer“ betreiben. Sollen sie doch für russische Regierungsgebe die Arbeiterklasse durcheinanderheben, deren beste wirtschaftliche Organisationen, die Gewerkschaften, zer schlagen. Die Partei, die gar nicht fertig wird, Verräter, Spägel und dergl. auszuschließen, macht sich an, die Arbeiterschaft fähren zu können. Hecker heißt einer dieser KPD-Männer, der sich anpreist als der olle Ehrliche. Von ihm läuft durch die kommunistische Presse ein aus allen abgedroschenen Phrasen zusammengesetzter Artikel. Dieser Meister im Hehen kann gar nicht anders, als anzunehmen, die Gewerkschaftsführer seien Galunken, die mit den Unternehmern gemeinsam gegen die Arbeiterschaft wirken. Aus der Atmosphäre, aus der Hecker kommt, können Menschen mit anderem Denken nicht kommen. Er ist gewohnt, in seiner Umgebung nur Verräter zu sehen. Also: die Gewerkschaftsführer hindern die Mobilisierung der Massen. (Woraus sich ergibt, daß diese Massen zu Fritz Hecker kein Vertrauen haben, sonst würden sie sich von ihm mobilisieren lassen.) Und das selbe Manöver führt Brey, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, mit den 300 000 Arbeitern der chemischen Industrie durch. So schreibt der edle Hech Hecker. Armer Kerl! Merkst du denn gar nicht, wie abgeschmackt dein dummes Gewäsch allmählich wirkt? Weißt du denn nicht, daß es der Arbeiterschaft kohärent wird, wenn sie immer wieder dieser alten Kohl aufgewärmt bekommt? Weshalb mobilisierst du denn nicht? Bistest du dir in deiner Naivität ein, die Gewerkschaftsführer mobilisieren für dich und die KPD, damit ihr die Arbeiterschaft mit eurem Sowjetparadies beglücken könnt, ohne Rede-, Presse- und sonstige Freiheit? Gar mancher hat im Laufe der Jahre gelernt, und ist, angeekelt von der geistigen Öde der KPD, gegangen. Fritz Hecker leiert weiter. Laßt ihn leiern, laßt ihn verleumden; wenn er besseres könnte, würde er es wohl tun. Auf Leute solcher Qualität hört schließlich auch der Stupideste nicht mehr. Weil er vor vernünftigen Arbeitern zu reden keine Gelegenheit bekommt, schreibt er seine Galle auf Papier.

Genossenschaftliches.

Mehr als eine Milliarde Mark Jahresumsatz im Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Die Umsätze der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften im Geschäftsjahre 1927/28 stiegen von 881 109 422 Mark auf 1 045 962 404 Mark. Der Mehrumsatz betrug also 164 852 982 Mark oder 18,7 Prozent oder ungefähr ebensoviel wie im Vorjahre, wo das absolute Mehr 134 386 357 Mark ausmachte. In den einzelnen Verbänden gestaltete sich die Entwicklung wie folgt:

Verband	1927 Mk.	1928 Mk.
Bayern	52 774 152	61 223 392
Mitteldeutschland	72 277 019	86 128 114
Nordwestdeutschland	154 088 116	181 150 738
Ostdeutschland	78 376 126	95 622 039
Rheinland-Westfalen	116 534 030	138 220 667
Sachsen	143 757 290	187 303 396
Schlesien	50 995 788	61 242 007
Südwestdeutschland	79 460 317	88 938 869
Thüringen	67 549 371	81 055 590
Württemberg	60 336 123	65 072 602
Gesamt	881 109 422	1 045 962 404

Den absolut höchsten Zuwachs hatten also der sächsische, der nordwestdeutsche und der rheinisch-westfälische Verband, den relativ höchsten der sächsische, der ostdeutsche und der schlesische Verband.

Im großen und ganzen ist also das Bild ein durchaus erfreuliches. Die erste Milliarde Umsatz ist von den Vereinen des Zentralverbandes überschritten; die zweite muß rascher erreicht werden als die erste.

Volkswirtschaftliche Selbstkritik.

Der Sowjetstaat hat die alten Genossenschaften vernichtet, weil sie von angeblich überholten Vorstellungen über die Unabhängigkeit der Genossenschaftsbewegung vom Staate, über die Notwendigkeit der Erziehung der Genossenschaftsmitglieder zur eigenen Aktivität getragen waren. Ein neues Genossenschaftswesen, erfüllt vom Sowjetgeist, müsse, so erklärten die Kommunisten, geschaffen werden. Welches das Endergebnis dieses neuen Aufbaues ist, darüber berichtet das Zentralorgan der russischen Kommunisten im zwölften Jahre des Bestehens des Sowjetstaates (Pravda vom 13. Januar): „Alle diese Erhebungen (über den Apparat der Genossenschaften. D. Red.) haben die Annahme bestätigt, daß das Genossenschaftswesen bis zum äußersten aufgeföhrt ist mit ehemaligen Händlern, mit Großbauern und ihren Strohmannern, mit Möbligen, die nie etwas mit dem Handel zu tun gehabt haben und jetzt als Fachleute gelten. Diese ganze Schar von Parasiten und Schablingen ist zu einer einheitlichen Sippschaft zusammengewachsen auf der Basis der gegenseitigen Unterstützung, Heberelei und Korruption und der Einbeziehung der weniger skandalösen Vertreter des sozialen Geistes in diese Atmosphäre. Bei der Geringschätzung der Kontrolle der Öffentlichkeit, bei den geringen Erfahrungen der Revisoren und der Lagerkommissionen können die Schablinge und Laugenschiffe jahrelang das schlimmste Unheil anrichten, was ja die Laitsachen auch bezeugen. . . . Bei der Ausdehnung, die die Arbeit der Genossenschaften bei uns dank der Unterstützung der Partei und des Staates erfahren hat, hat das Problem des genossenschaftlichen Kaber eine große staatspolitische Bedeutung erlangt. . . . Die Mängel des Genossenschaftsapparates untergraben des öfteren unsere Arbeit in so wichtigen Wirtschaftszweigen, wie es die Getreidebeschaffung und Versorgung der Arbeiterbevölkerung sind.“

Wie ist die Beurteilung der tatsächlichen Lage der russischen Genossenschaften durch eine Zeitung, die die Kommunisten keineswegs beschuldigen können, die Dinge schlimmer darzustellen, als sie in Wirklichkeit sind.

Aus dem Bereiche der Arbeiterbank.

Die Hannoverische Bodenkredit-Bank wird von der Arbeiterbank maßgebend beherrscht. Nach dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht der ersteren Gesellschaft kann man übersehen, wie sich die Übernahme durch die Arbeiterbank ausgemirkt hat. Die Geschäfte der Hannoverischen Bodenkredit-Bank haben durch die Verbindung mit der Arbeiterbank gegenüber dem Vorjahre eine Verdoppelung erfahren. Diese Verbreiterung der Geschäftsgrundlage übersteigt das normale Tempo der gesamten lehtjährigen Hypothekenbankentwicklung nicht unerheblich. Ein sehr großer Teil des gesteigerten Pfandbriefabsatzes entfällt auf die Vermittlung der Arbeiterbank. Die Hannoverische Bodenkredit-Bank, die in Hildesheim ihren Sitz hat, hat jetzt in Berlin eine Geschäftsstelle errichtet. Es werden wiederum 12 Prozent Dividende verteilt. Die Geschäftserweiterung ist zum Teil auf das Zustandekommen von Geschäften mit Siedlungsgesellschaften zurückzuführen. Die Arbeiterbank war mit Hilfe der Hannoverischen Bodenkredit-Bank in der Lage, die Neubaufähigkeit des gemeinnützigen Wohnungsbaues zu fördern. Auch die den Kommunen gegebenen Darlehen und die Hypotheken an öffentliche Unternehmungen des Reiches sind hauptsächlich für Wohnungsbauzwecke verwandt worden. Es ist bei alledem erfreulich festzustellen, daß Unternehmungen, die von der Arbeiterbank beherrscht werden, sich günstig auswirken. Sozialismus ist ja nicht allein Zukunftsmusik; er kann auch gegenwärtig bereits kräftig vorbereitet werden. Die Hannoverische Bodenkredit-Bank bietet dafür den besten Beweis, wie dies zu machen ist.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Anrechnung von Gelegenheitsverdienst auf die Arbeitslosenunterstützung.

Nach einer Bekanntmachung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung muß die Anrechnung von Gelegenheitsverdienst auf die Arbeitslosenunterstützung erfolgen. Der erwähnte Erlaß hat folgenden Wortlaut: „Vorbehaltlich der Entscheidung im ordentlichen Spruchverfahren bin ich der Ansicht, daß der Arbeitsverdienst, den ein Arbeitsloser durch Aushilfsarbeiten an Sonntagen oder Feiertagen, z. B. im Verkehrsgewerbe oder im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, erwirbt, als Arbeitsverdienst aus einer Gelegenheitsarbeit auf die Arbeitslosenunterstützung im Rahmen des § 112 A. B. G. anzurechnen ist. Wird auch nach § 109 Abs. 1 a. a. O. die Arbeitslosenunterstützung nur für sechs Wochentage gewährt, so ist diese Vorschrift doch nur als eine Zahlungsvorschrift zu bewerten. Die Kalenderwoche des § 112 a. a. O. umfaßt dagegen den Zeitraum vom Sonntag bis zum Sonnabend, wie auch das wöchentliche Arbeitsentgelt“ nach § 105 a. a. O. den Arbeitsverdienst des siebenwöchigen Wochenzeitraumes umfaßt.“

Nach unserer Ansicht liegt in dieser Anordnung eine gewisse Härte. Es wäre notwendig, daß durch eine Entscheidung des Spruchsenats einer etwas milderen Auffassung Bahn gebrochen würde.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstelle Anklam: Paul Lewandowski, Buch-Nr. S II 45 245 auf Grund des § 14, Ziffer 3 a und b; Walter Jürgens, Buch-Nr. 952 791, und Walter Tröster, Karten-Nummer 816 801, auf Grund des § 14, Ziffer 3a.

Die Bezirkszahlstelle Lübeck

sucht zum 1. April 1929 einen tüchtigen, erfahrenen

1. Geschäftsführer.

Reflektiert wird auf eine erste Kraft. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein, ausreichende Kenntnisse der sozialen Gesetze und des Arbeitsrechts besitzen und befähigt sein, Vorträge zu halten.

Der Bewerbung muß eine kurzgefaßte, handschriftlich angefertigte Arbeit beigelegt werden über:
1. Lebenslauf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung.
2. Einleitung und Führung von Lohnbewegungen.
3. Leitung und Aufbau einer Zahlstelle.
Die Bewerbungen sind bis spätestens Mittwoch, den 27. März 1929, mit der Aufschrift „Bewerbung“ an die Adresse Otto Körner, Lübeck, Johannisstr. 48, Gewerkschaftsbau I, einzureichen.
Die Anstellung erfolgt zu den Bedingungen des Gehaltsregulatives unseres Verbandes.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Benzolexplosion in der Filmfabrik Woffen — zwei Menschenopfer.

Am Sonnabend, dem 23. Februar, erfolgte im Bau 184, Zellulose-Derivate-Verfuchslaboratorium, eine heftige Benzolexplosion, wobei die Arbeiter Geller aus Holzweißig und Hähnisch aus Wessau, beide 27 Jahre alt, durch Rauchvergiftung und durch Verbrennung den Tod fanden.

Ein Arbeiter hatte den Auftrag erhalten, etwa 100 Liter Benzol, die sich in einem Tonbottich befanden, Natronlauge zuzusetzen. Diese Arbeit ist von dem Arbeiter schon oft verrichtet worden, denn das ist schon seit Juni v. J. in der Fabrik so üblich. Der Arbeiter soll nun angeblich einen stärkeren Zusatz von Natronlauge als vorgesehen gemacht haben. Das wurde auch von mehreren Mitarbeitern zum Ausdruck gebracht. Dadurch ist das Benzol in Schäumen geraten, und die Gase traten aus dem Bottich. Der Umstand, der nun die Explosion verursacht hat, ist der in einem Nebenraum befindliche Autoklav, der mit einer Flamme gefeuert wird. Dies ist als erwiesen anzusehen. Beide Räume liegen nebeneinander und sind durch eine Tür verbunden. Die Entfernung zwischen dem überschäumenden Tongefäß und der Flamme beträgt circa 8 Meter. Die Tür, die die beiden Räume verbindet, ist eine Holztür, die mit der Aufschrift „Tür zu“ versehen ist.

Feststellungen, welche bei den in den Räumen beschäftigten Arbeitern gemacht wurden, ergaben jedoch, daß das „Tür zu“ eben nur an der Tür steht, ohne daß jemand sich daran gekehrt und es auch besichtigt hätte. Nun ist aber unmittelbar hinter der Tür eine Wasserleitung, mit dem Abflußrohr nach der Tür zeigend, angegeschlossen, um den Unglücksraum, in dem sich ein Senkkasten befindet, in den die Abfluswasser der Räume hineinfließen, zu bespülen. Der Schlauch muß also, wenn er seinen Zweck erfüllen soll, durch die Tür gelegt werden. Ein Türschließen, wenigstens in dem Moment, wo der Schlauch gebraucht wird, ist also vollkommen ausgeschlossen. Der Schlauch war mit einem durch eine Zange angelegenen Draht besetzt.

In den Räumen sind zu beiden Seiten in ungefähr 4 Meter Höhe Podeste, weniger als Arbeitsraum denn als Lagerraum benutzt, angebracht. Auf dem Podest befanden sich zur Zeit des Unglücks fünf Mann, die mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt waren. Drei konnten sich retten, wenn auch zum Teil mit Verletzungen, während die zwei anderen den Tod fanden. Mit der Produktion hatten alle fünf nichts zu tun. Charakteristisch ist die Lage, in der die Toten sich befanden. Keine Merkmale irgendwelchen Todeskampfes waren an ihnen zu sehen, sei es im Gesicht oder an der Lage. Der eine war auf einer Trommel in stehender Stellung, der andere in liegender Stellung gefunden worden, ohne Zeichen eines Erstickens.

Die Fragen, die uns vor allem interessieren, sind:

1. Sind die Arbeiter von der Gefährlichkeit eines Überschäumens des Gefäßes in der Nähe einer Flamme unterrichtet?
2. Ist den Arbeitern das „Tür zu“ auf Grund der Gefährlichkeit direkt zur Vorschrift gemacht? Denn daß jemand an die Tür mit Kreide schreibt: „Tür zu“, kann man nicht als Aufforderung ansehen.
3. Der Betriebsleiter mußte doch ohne weiteres den Schlauch in der offenstehenden Tür bemerkt haben und das Schließen der Tür veranlassen haben.
4. Es mußte ein Notausgang auf den Podesten vorhanden sein, der auch in diesem Falle bei der ungeheuren und plötzlichen Rauchentwicklung etwas genützt haben würde.

Feuerwehr, Gewerberat, Staatsanwaltschaftsvertreter, Arzt usw. waren sehr bald zur Stelle.

Die beiden getöteten Arbeiter waren 27 Jahre alt; der eine, Geller aus Holzweißig, war verheiratet, der andere, Hähnisch aus Wessau, war der Ernährer seiner arbeitsunfähigen Mutter.

Tödlicher Unfall in den Höppler Farbwerken.

Am 27. Februar kam der Arbeiter August Rink im Hydrosulfidbetrieb beim Schmieren eines Transmissionslagers in die Transmission, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er nach kurzer Zeit starb. Der Arbeiter hatte trotz Verbots die laufende Transmission geschmiert.

Dieser Unfall muß den Arbeitern zur Warnung dienen. Befehlende Unfallverhütungsvorschriften müssen im eigenen Interesse der Arbeiter beachtet werden.

Kapitalistische Methoden im Zeichen der Stoppuhr.

In der Unternehmerpresse ist sehr oft zu lesen, daß die Arbeiterschaft leichtsinnig die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet und die Mehrzahl der Unfälle auf die Unachtsamkeit der Arbeiterschaft selbst zurückzuführen sei. Wer die Verhältnisse in den Betrieben kennt, der weiß, daß solche Argumente meist an den Haaren herbeigezogen werden, um die mangelhaften Betriebsbedingungen in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Die Unfälle in der Vorgefertigten, die sehr niedrigen Alkoholfolge sind meistens die Ursachen der vielen Betriebsunfälle leichter und schwerer Natur. Der nachstehende Vorfall hat sich am der Dachpappfabrik Louis Lindenberg in Köln-Mülheim ereignet. Der Betriebsleiter der Dachpappfabrik, Louis Lindenberg, der erst kurze Zeit angestellt war, ist dem Walzwerke zu nahe gekommen und es wurde ihm ein Arm abgerissen. Den Unglückslichen aus seiner qualvollen Lage zu befreien gelang den Arbeitern erst nach zweifelhafte angestrengter Arbeit. Trotzdem die Verletzungen lebensgefährlich waren, hat die Fabrikleitung auf Verlangen des Betriebsleiters ihm schon am vierten Tage nach dem Unglück an seinem Krankbett einen Telefonapparat anbringen lassen, der mit dem Betrieb direkt verbunden war. Von dem Krankenhaus aus wurde also der Betrieb weitergeleitet. Die erste Sorge war, tat die Arbeiterschaft auch ihre Schuldigkeit ohne mich. Es ist bezeichnend, daß die Fabrikleitung und auch der Betriebsleiter sich darin einig waren, trotz der Unglücksfälle, die vorgekommen sind, verstärkten Druck auf die Arbeiterschaft in bezug auf ihre Leistungen auszuüben. Kurz vor dem erwähnten Unfall kam ein Arbeiter des Betriebes an derselben Stelle zwischen den Walzen. Die Gewerbeaufsicht wird auf den Betrieb öfter zu kontrollieren, damit solche Zustände befeitigt werden. P. Hertwig.

Papier-Industrie

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1928.

Fast drei Millionen Arbeitslose werden zur Zeit in Deutschland gemeldet. Ein sicheres Zeichen, daß die Konjunkturfurche der deutschen Wirtschaft sich in rückläufiger Bewegung befindet. Welche wirtschaftlichen Folgen mag die einsetzende Wirtschaftskrise für die deutsche Papiererzeugungs-

Industrie haben und wie wird die deutsche Papiererzeugungsindustrie den drohenden Konjunkturrückgang überwinden? Das sind die Fragen, die sich unwillkürlich bei der Betrachtung der gesamten Wirtschaftslage auch für die Arbeiterschaft der Papiererzeugungsindustrie erheben. Doch lassen wir diese Fragen durch einen der bekanntesten Papiermacher Deutschlands selbst beantworten. Hermann Jost, der bekannte Sozialtheoretiker und Direktor der Sebnitzer Papierfabrik, beantwortet in Nr. 9 der „Papierzeltung“, Jahrgang 1929, diese Frage in einem Artikel unter der Überschrift: „Wohin steuern wir?“ u. a. folgendermaßen:

„Wie steht es nun in der Papierindustrie? Wenn das von eigennütigen Hinterbänkeln eingegebene Gerede von hohen Papierpreisen und hohen Gewinnen der Papierfabriken auch handgreifliche Übertreibung, vielmehr die Sorge ständiger Galt im Hause nicht weniger Papiermacher ist, kann von der Papierindustrie erfreulicherweise gesagt werden, daß sie im großen und ganzen gesund ist.“

Nach diesem Urteil zu schließen, dürfte es demnach der deutschen Papierindustrie gelingen, auch die im Anbeginn stehende Wirtschaftskrise ohne besondere Schäden zu überwinden.

Die technische Entwicklung.

Aus fast allen Geschäftsberichten der Aktiengesellschaften, aber auch aus uns zugegangenen Berichten aus Betrieben in



Privatbetrieben ergibt sich, daß die in den letzten Jahren in Angriff genommenen Rationalisierungsmaßnahmen fast überall zur technischen Umstellung der Betriebe und zur Steigerung der Produktion geführt haben. Die von Ford propagierte Bandarbeit ist in der deutschen Papiererzeugungsindustrie längst nichts Fremdes mehr. Kirchner, der Redakteur des „Wochenblattes für Papierfabrikation“, schreibt in Nr. 2, Jahrgang 1929, seiner Fachzeitschrift in einer Betrachtung über die Papierfabrik Otto Günther in Greiz u. a. folgendes: „Man versteht ohne weiteres, daß es oft schwierig gewesen sein muß, den fortgeschrittenen Ausbreitungsdrang des Werkes mit den im Tal gegebenen beschränkten Platzverhältnissen in Einklang zu bringen und die Produktionsstätten so anzuordnen, daß der Charakter der Fließarbeit ohne kostspielige Zwischentransporte und Richtungsänderungen gewahrt blieb. Wie ich mich später überzeugen konnte, sind diese Schwierigkeiten stets in genialer Weise überwunden worden.“

Recht deutlich wird der technische Entwicklungsgrad der deutschen Papierfabrikation auch vom Geschäftsführer des Vereins Deutscher Papierfabrikanten in Nr. 1 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ geschildert, der darauf hinweist, daß die Arbeitsbreite der Papiermaschinen in den letzten 60 Jahren von etwa 1,4 auf 7 Meter, die Geschwindigkeit der Maschinen von höchstens 35 Meter auf 300 Meter und die Zahl der Papiermaschinen von 150 auf 806 gestiegen ist. Erheblicher Mehraufwand an geistiger und körperlicher Produktivität der Arbeiterschaft sind die Folgen dieser Technisierung.

Die Entwicklung der Produktion.

Wir zitieren auch hier zunächst wieder den Geschäftsführer des Vereins Deutscher Papierfabrikanten. Nach dessen Angaben betrug die Papier- und Pappenproduktion zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland insgesamt 1500 Tonnen. Anfang der 70er Jahre war die deutsche Papier- und Pappenproduktion schätzungsweise auf 150 000 Tonnen gestiegen, und heute beträgt die Papierproduktion allein bereits erheblich über 2 Millionen Tonnen und die Pappenproduktion fast eine halbe Million Tonnen.

Legt man das Jahr 1924 als das erste normale Produktionsjahr nach Kriegs- und Inflationszeit zugrunde, so ergeben sich nach Dr. C. in der „Papierzeltung“ Nr. 4, Jahrgang 1929, aus seinem Artikel: „Die deutsche Papiererzeugung im Jahre 1928“ folgende Produktionszahlen:

Jahr:	Jahresproduktion in Tonnen Rohpapier:
1924	1 377 000
1925	1 692 000
1926	1 668 000
1927	2 008 000
1928	2 100 000

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die deutsche Rohpapierproduktion von 1924 bis 1928 um 52 Prozent gestiegen ist.

Gegenüber dem Jahre 1912 beträgt die Produktionssteigerung allerdings nur 30 Prozent. Hierbei muß aber beachtet werden, daß während der Kriegs- und Inflationswirtschaft die Betriebe heruntergewirtschaftet und die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft durch die bekannten Stahlab- und Hungerkuren auf ein Minimum beschränkt wurden. Fest steht jedenfalls, daß seit Beendigung der Inflation die deutsche Papierarbeiterschaft in produktionsstechnischer Beziehung geradezu Ungeheures geleistet hat.

Der Papierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung.

Die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse durch die Revolution aus staatslicher und privater Knechtschaft, das politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft im Staatskörper und die, wenn auch noch stark behinderte Mitwirkung der Arbeiterklasse in der Wirtschaft, haben auch die geistige Kräfteanspannung der deutschen Arbeiterklasse ganz wesentlich gehoben. Diese Tatsache ergibt sich auch dem Papierverbrauch. Wie der Seifenverbrauch einen Gradmesser für die Reinlichkeit eines Volkes darstellt, so ist der Papierverbrauch ein Gradmesser für die Intelligenz und geistige Regsamkeit eines Volkes. Von diesem Gesichtspunkt aus kann die deutsche Arbeiterklasse den Papierverbrauch, der von 21,7 Kilo im Jahre 1912 auf 28,4 Kilo im Jahre 1928, also um rund 30 Prozent gestiegen ist, nur begrüßen.

Der Gesamtverbrauch an Papier ohne Pappen gestaltete sich folgendermaßen:

Jahr:	Papierverbrauch in Tonnen:
1925	1 360 000
1926	1 240 000
1927	1 260 000
1928	1 735 000

Die Ausfuhr.

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie ist zur vollen Ausnutzung ihrer Betriebe auf die Ausfuhr angewiesen. Diefelbe gestaltete sich folgendermaßen:

Jahr:	Ausfuhr in Tonnen:	Ausfuhr im Verhältnis zur Produkt.:
1925	327 000	20 %
1926	434 000	26 %
1927	399 000	20 %
1928	365 000	16,5 %

Die Zahlen für die Jahre 1925 bis 1927 sind dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung, und die Zahlen für 1928 dem bereits erwähnten Artikel von Dr. C. entnommen.

Auf der Mitgliederversammlung des Zentralausschusses der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 18. Januar 1929 erfaßte — nach der „Papierzeltung“ Nr. 8, Jahrgang 1929 — der Geschäftsführer, Herr von Wussow, seinen Geschäftsbericht und führte zur Ausfuhrfrage aus, daß in den ersten elf Monaten des Jahres 1928 die Papierausfuhr um 2 Prozent, und zwar von 17,6 im Jahre 1927 auf 16,3 Prozent im Jahre 1928, berechnet nach der Gesamterzeugung, zurückgegangen ist. Die Ausfuhr an Holzschliff betrug 1927 0,5 Prozent und 1928 nur 0,4 Prozent der Gesamterzeugung und ist demnach gleichfalls um 35 Prozent zurückgegangen. Dagegen konnte die Pappenindustrie ihre Ausfuhr um 8 Prozent, und zwar von 14,8 auf 15,6 Prozent der Gesamterzeugung steigern. Die Zellstoffausfuhr konnte um 23 Prozent, und zwar von 18,2 auf 20,8 Prozent der Gesamterzeugung erhöht werden.

Die zur Zeit immer stärker um sich greifende Arbeitslosigkeit muß logischerweise auch einen Rückgang des Papierverbrauches mit sich bringen. Infolgedessen wird die deutsche Papiererzeugungsindustrie versuchen müssen, die Ausfuhr zu steigern. Gelingt dieses nicht, so dürften Produktionsbeschränkungen und Betriebsstillstände die Folge sein.

Die Rentabilität der Papiererzeugungsindustrie.

Die Dividendenausüttungen in den Aktiengesellschaften bilden zwar keinen vollkommenen Maßstab für die wirkliche Rentabilität der deutschen Papiererzeugungsindustrie; immerhin geben sie einen guten Gradmesser. Die 21 mit einem Aktienkapital von 131 100 000 Mk. an der Berliner Börse zugelassenen Aktiengesellschaften verteilten nach dem Stande vom 11. Dezember 1928 eine Durchschnittsdividende von 9,85 Prozent des Nominalkapitals.

In der Nr. 50 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ berechnet Heino Castorf die Dividende von 27 Aktiengesellschaften der Papiererzeugungsindustrie für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928. Die Dividendenverteilung dieser 27 Gesellschaften gestaltete sich folgendermaßen:

Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in Mk.	Dividende in Mk.	Dividende in Prozent
8	15 592 000	—	0
2	750 000	30 000	4
2	1 782 000	89 100	5
3	4 320 000	259 200	6
2	5 680 000	454 400	8
1	3 750 000	337 500	9
5	9 655 000	965 500	10
4	13 350 000	1 602 000	12
27	54 879 000	3 737 700	6,8

Für dieselben Gesellschaften betrug im Vorjahre die Durchschnittsdividende 6,45 Prozent; sie ist demnach etwas gestiegen, während sich die Zahl der dividendenlosen Gesellschaften von 11 auf 8 vermindert hat. Ein genauer Überblick über die Dividendenausüttungen ergibt sich aber erst dann, wenn auch noch die Erträge der Aktiengesellschaften vorliegen, deren Geschäftsjahr in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 zu Ende ging. Für die dafür in Frage kommenden 52 Aktiengesellschaften betrug die Durchschnittsdividende für das Jahr 1927 8,5 Prozent; sie dürfte für das Jahr 1928

kaum niedriger ausfallen und wahrscheinlich an die Dotted...

Immer wieder müssen wir auf die Tatsache hinweisen, daß man von den ausgeschütteten Dividenden der Papiererzeugung...

Internationale Notizen.

England.

Der englische Zeitungsdrukverbrauch stieg von 680 000 Tonnen im Jahre 1926 auf 850 000 Tonnen im Jahre 1928...

Die Ein- und Ausfuhr von Papier gestaltete sich folgendermaßen:

Table with columns: Jahr, in Tonnen, in Pfund Sterlg., in Tonnen, in Pfund Sterlg.

Die Papier-Einfuhr ist demnach gegenüber 1926 um 20,9 und gegenüber 1927 um 9,8 Prozent gestiegen...

Finnland.

Der inländische Zeitungsdrukpreis wurde 1928 um 22,5 Penny pro Kilogramm gegenüber 1927 herabgesetzt...

Die Produktion der Papiererzeugungindustrie stieg von 282 000 Tonnen im Jahre 1927 auf 305 000 Tonnen im Jahre 1928...

Nachstehende Zahlen geben die Ausfuhr von 1927 und 1928 wieder:

Table with columns: Ausfuhr an: Holzstoff, Sulfitstoff, Sulphatstoff, Pappe, Einlagpapier, Zeitungspapier, Schreibpapier.

Der Gesamtwert der Ausfuhr stieg von 1677,9 Millionen finnische Mark im Jahre 1927 auf 1866,9 Millionen finnische Mark im Jahre 1928.

Frankreich.

Die französische Erzeugung von Zeitungsdrukpapier und Verlagspapieren fiel von 170 000 Tonnen im Jahre 1913 auf 80 000 Tonnen im Jahre 1926...

Japan.

Die japanische Erzeugung gestaltete sich folgendermaßen:

Table with columns: Produktion an: Tonnen, 1925, 1926, 1927, 1928.

Aber die Einfuhr unterrichten folgende Zahlen:

Table with columns: Einfuhr an: Yen, 1925, 1926, 1927, 1928.

Indien.

Während der indische Verbrauch an Papier und Pappe 150 000 Tonnen im Jahr beträgt...

Italien.

Die italienische Papiererzeugungindustrie umfaßt 280 Papierfabriken mit 600 Papiermaschinen...

Letland.

In den zur Zeit im Betrieb befindlichen 4 Betrieben der Papiererzeugung...

Table with columns: Ausfuhr an: Tonnen, 1925, 1926, 1927.

Die Einfuhr betrug 1927 an Papier 3039 Tonnen und an Zellstoff 2320 Tonnen.

Norwegen.

In der norwegischen Papiererzeugung sind 50 Papierfabriken, 27 Zellstofffabriken und 63 Holzschleifereien vorhanden...

Table with columns: Produktionszweig, in Tonnen, in 1926, in 1927.

Der Inlandsverbrauch und die Einfuhr im Jahre 1927 sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Table with columns: Produktionszweig, in Tonnen, in 1927, in 1928.

Die norwegische Gesamterzeugung an Zeitungsdrukpapier beträgt jährlich 190 000 Tonnen...

Verkaufsstelle zusammengeschlossen. Deren Erzeugung beträgt pro Jahr 125 000 Tonnen im Werte von 30 Millionen Kronen...

Nahrungsmittel-Industrie

Fischindustrie und Fischhandel im Jahre 1928.

Die „Konserven-Industrie“ bringt in ihrer Nr. 9 Auszüge aus den Jahresberichten der Vereinigungen der Fischindustriellen und Fischhändler...

Die drückende steuerliche Belastung ist nicht geringer geworden. Die für 1928 in Aussicht gestellte Senkung der Realsteuern ist ausgeblieben...

Wie in allen Unternehmerberichten lesen wir da etwas von steigenden Steuerlasten, steigenden Löhnen, Soziallasten usw. In diesem Bericht aber wird extra betont, daß die Lebenshaltung des Unternehmers erhöhte Aufwendung fordere...

Der Bericht sagt dann, das erste Vierteljahr habe unter dem Zeichen der Warenknappheit gestanden. An anderer Stelle heißt es: „Im ganzen genommen war der Preisstand in der Auktion höher als im Jahre vorher.“

Bezüglich der Frischheringseinfuhr heißt es an ausschlaggebender Stelle:

„Nachfrage und Absatz waren durchweg gut. Der Ende Juli angenommene deutsche Schleppefang brachte zunächst nicht ausreichende Zufuhren.“

Also, gute Nachfrage, guter Absatz und auskömmliche Preise. Das ist der kurze Inhalt des vorstehenden Zitates.

Bezüglich der Fischindustrie sagt der Bericht:

„Die Fischindustrie, der ebenfalls die allgemeine wirtschaftliche Lage nicht geringe Sorge machte, hatte zu Anfang des Jahres gegenüber meist reger Nachfrage häufig über Mangel an geeigneter Rohware zu klagen.“

Hier wird zunächst darüber geklagt, daß die Rohware zu teuer gewesen ist. Das ist immer so. Ist der Fischfang und der Handel mit den Preisen zufrieden, dann klagt die Industrie über zu hohe Rohstoffpreise.

Zusammengesetzt kann also gesagt werden, daß die Fischindustrie und der Fischhandel auf ein Jahr zurückblicken, das wohl nicht voll ihren Wünschen entspricht...

Man es gleich vorweg zu sagen: Die Fischindustriellen gehören zu jenen Arbeitgebern, denen die Arbeitszeit nicht lang genug sein kann. Sie fordern für ihre Industrie fortgesetzt Ausnahmen.

verarbeitet werden muß. Das rechtfertigt aber noch länger nicht, daß wochenlang zwölf Stunden und länger täglich gearbeitet wird...

Früher begründeten die Arbeitgeber ihre Forderung nach Ausnahmen für die Arbeitszeit an einzelnen Orten mit den besonderen örtlichen Verhältnissen.

Neuerdings begründet die Fischindustrie die Forderung auf längere Arbeitszeit damit, daß die vorhandenen Betriebsanlagen nicht ausreichen, um plötzlich eintreffende große Mengen Fische verarbeiten zu können.

Die Sache liegt einfach so. Die Fischindustrie ist von jeher gewohnt, daß die Behörden ihr gegenüber alle Rücksicht üben, die nur denkbar ist.

Über die Fischindustrie stellt doch Nahrungsmittel her. Die Konsumenten können beanspruchen, daß in Nahrungsmittelbetrieben mit äußerster Sorgfalt und Sauberkeit gearbeitet wird.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in dieser Industrie aber nicht zufriedenstellend. Vor allen Dingen fehlt die einheitliche Regelung.

Wir suchen zum 1. Mai einen tüchtigen Lokalbeamten. Die Bewerber haben eine selbständige Arbeit einzureichen...

Zahlstelle Meissen (Sachsen).

Wir suchen zum 1. Mai einen tüchtigen Lokalbeamten.

Literarisches.

Der 2. Band des „Großen Brockhaus“ erscheint! Ende März wird der 2. Band des „Großen Brockhaus“, des größten und neuesten deutschen Nachschlagewerks...